



Tagungsbericht

**Krieg in Europa.
Politische, wirtschaftliche und
gesellschaftliche Folgen**
Bonn-Bad Godesberg, 16. - 17. Juni 2022

von Gabriele Freitag

05/22-FB2-TG

ARBEITSBERICHT

Wissenschaftliche Konferenz

„Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“

a) ALLGEMEINE ANGABEN

Projektleiter*in:

Dr. Gabriele Freitag, Geschäftsführerin der DGO

in Kooperation mit

Dr. Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) und

apl. Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder ((Bonn International Centre for Conflict Studies))

Institution:

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)

Schaperstr. 30

10719 Berlin

www.dgo-online.org

Thema der wissenschaftlichen Tagung

Die politischen Ordnungen in Europa nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

Datum und Ort der Veranstaltung

16. – 17. Juni 2022

Gustav-Stresemann-Institut e.V., Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn-Bad Godesberg

b) VERLAUF UND ERGEBNISSE DER TAGUNG

Zielsetzungen

Die europäische Friedensordnung ist mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert. Die bisherigen Reaktionen auf den Krieg zeigen, dass dieser nicht nur einen Umbruch für die Ukraine und Russland bedeutet, sondern Konsequenzen für ganz Europa haben wird. Die Konferenz fragte nach den (sicherheits-)politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Eskalation für das Zusammenleben in Europa. Im Vordergrund stand dabei die Analyse des Paradigmenwechsels von der internationalen Interdependenz zur Entflechtung in allen relevanten Politikfeldern.

Ziel der Konferenz war es, die bisherigen Paradigmen der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik (Entspannung, Dialog, Modernisierungspartnerschaft, Wandel durch Handel, Deutschland als Zivilmacht) auf den Prüfstand zu stellen. Dabei wurde berücksichtigt, dass zum gegebenen Zeitpunkt nur eine Untersuchung von Prozessen möglich ist, die sich in unterschiedlichen Bereichen auf nationaler und internationaler Ebene seit mehr als einer Dekade beobachten lassen.

Änderungen im Ablauf und Programm

Die wichtigsten konzeptionellen Änderungen fanden bereits vor der Antragstellung bei der Deutschen Stiftung Friedensforschung statt. Ursprünglich geplant war eine wissenschaftliche Konferenz zum Umgang mit Autokratien (Lehren aus der Transformation, wirtschaftliche Kooperationen in autoritären Räumen, Handlungsfelder für operative Politik mit Russland, Handlungsspielräume für Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft). Aufgrund des offenen militärischen Angriffs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wurde das ursprüngliche Programm verworfen und die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Kriegs in den Mittelpunkt der Konferenz gestellt.

Alle Panel der Konferenz wurden thematisch in der beantragten Form umgesetzt. Allerdings mussten in einigen Fällen wegen Termenschwierigkeiten angefragter Referent*innen die Panelbesetzungen geändert werden. Neu ins Programm aufgenommen wurden die Referent*innen Kateryna Mishchenko (Kyjiw/Berlin), Ralf Fücks (Berlin), Angelina Davydova (St. Petersburg/Berlin), Jana Puglierin (Berlin) und Ulrich Schneckener (Osnabrück).

Aufgrund der Kriegshandlungen erfolgten die Prologe von Yevgenia Belorusets und Victor Mart als Online-Zuschaltungen aus Kyiw und Minsk: Die Redebeiträge verloren durch die digitale Zuschaltungen aber nicht an Eindringlichkeit, sondern verdeutlichten die momentane politische und Sicherheitssituation in Europa eher stärker. Auch die Redebeiträge von Valeria Gontareva (London), Merle Maigre (Tallinn), Tymofii Brik (Kyjiw) und Olga Shparaga (Minsk/Berlin) erfolgten online. Dadurch verringerten sich auch die veranschlagten Reise- und Hotelkosten. Aufgrund der sehr prekären Verhältnisse, in der sich die Wissenschaftler*innen in Russland und der Ukraine momentan befinden, erhielten diese jeweils ein Honorar. Ursprünglich waren Honorare nur für Beiträge am Eröffnungsabend vorgesehen

Ergebnisse der Tagung (Sichtbarkeit / Zielgruppenresonanz)

Der erste Konferenztag stand unter der Fragestellung der Grenzen historischer Analogien zur aktuellen politischen Situation. Der Historiker Jörn Leonhardt arbeitet sowohl Aspekte heraus, die den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als Zäsur markieren als auch Aspekte, die sich als Wiederholung (sicherheits-)politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen lesen lassen und stellte beide nebeneinander. Als bundesdeutsche Gewissheiten, die quasi über Nacht obsolet geworden seien, bezeichnete er das Selbstbild Deutschlands als pazifistischer Handelsstaat und als Akteur mit einer historischen Sonderbeziehung zwischen Berlin und Moskau. Als zentrales – und gescheitertes – Projekt der europäischen Union bezeichnete er die Pazifizierung durch expandierende Integration. Historische Wiederholungen sah er im viel zitierten Vergleich zum „Sommer 1914“, zur Appeasement-Politik der westlichen Alliierten in den späten dreißiger Jahren, zur „Anschluss-Politik“ und zum Blitzkrieg der Nationalsozialisten. Er widersprach aber der These von der Rückkehr des „Kalten Krieges“, der ja in der Logik der Abschreckung zur Sicherung eines territorialen Status quo bestehe. Auch eine Rückkehr des „Imperiums“ verneinte Leonhardt mit dem Hinweis darauf, dass die Prinzipien nationaler Selbstbestimmung, demokratischer Selbstregulierung sowie territorialer Integrität und Souveränität als Reaktion auf die aggressive und expansive russische Politik zur Zeit eher eine Renaissance erleben.

In der Podiumsdiskussion über den Kampf der Ordnungen stellte Nadia Koval den zentralen Wertevorstellungen der Ukrainer*innen von Freiheit das Prinzip der Ordnung in der russischen Gesellschaft gegenüber. Die Ukraine sei noch keine konsolidierte Demokratie; die freien Wahlen und friedlichen Regierungswechsel in den vergangenen Jahren verwiesen aber in diese Richtung. Die Moskauer Politologin Tatiana Vorozheikina verwies darauf, dass der russische Staat seinen autoritären Charakter in den letzten 30 Jahren beibehalten habe und sich inzwischen hin zu einem faschistischen Staat entwickle. Der Publizist Ralf Fücks ordnete den aktuellen Angriffskrieg als einen „Kolonialkrieg“ ein und verwies darauf, dass der Prozess der Dekolonialisierung in den 1990er Jahren nicht abgeschlossen worden sei. Kriegsziel sei aber auch der Umsturz der globalen liberalen Weltordnung.

Mit den Konsequenzen für die Wirtschaft beschäftigte sich das nächste Panel. Laut der russischen Journalistin Angelina Davydova wirkten sich die Sanktionen bislang nicht nennenswert auf den russischen Finanzsektor aus, während im Technologiesektor vermutlich zum Herbst hin viele Unternehmen ihre Produktion wegen der Sanktionen einstellen müssten. Unklar sei, ob parallele Importe über Drittstaaten Lücken in der Versorgung füllen könnten. China habe bisher nicht in Russland investiert und habe die globale Lage klar im Blick. Die frühere ukrainische Präsidentin der Nationalbank der Ukraine, Valeria Gontareva, bewertete die ukrainische Wirtschaft als ausreichend diversifiziert, erwartete aber von den G7-Staaten und anderen Geldgebern ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm ebenso wie eine baldige EU-Mitgliedschaft. Der Prager Wirtschaftsberater Petr Zahradnik hob die beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die strategische Einheit im Hinblick auf die Energie-Abhängigkeit hervor. Diese Anstrengungen reichten aber nicht aus, um den Krieg zu beenden. Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas innerhalb der EU bleibe eines ihrer zentralen Probleme.

Zentral für die Konferenz war die sicherheitspolitische Frage nach dem Beginn oder Ende der Abschreckung. Deutschland habe Russland in Sicherheitsfragen zu lange als Kooperationspartner betrachtet, sich selbst als zivile Handelsmacht eingerichtet und auf Sicherheitsgarantien der USA und NATO verlassen, kritisierte die Berliner Politologin Jana Puglierin und. Putin dürfe mit dem Versuch einer nuklearen Erpressung nicht durchkommen. Ulrich Schneckener betrachtete die Annexion der Krim 2014 als die eigentliche sicherheitspolitische Zeitenwende. Der „Neo-Realismus“ habe wenig dazu beigetragen die Polarisierung des Diskurses zu erklären. Die Russlandpolitik sei zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt, symbolisch stehe dafür die Pipeline Northstream 2. Diese Politik habe aber zu einer Lebensgefährdung des osteuropäischen Raumes geführt. Dementsprechend forderte die estnische Expertin für Cyber-Sicherheit, Merle Maignre klare Beitrittsperspektiven in die NATO und in die EU für die Ukraine, Georgien und den Westbalkan.

Das Abschlusspanel widmete sich den Gesellschaften im Schatten des Krieges. Der russische Soziologe Denis Volkov bezeichnete Russland im Gegensatz zur Ukraine als postsowjetische Gesellschaft. Staatliche Institutionen wie der Geheimdienst und andere Sicherheitsdienste seien seit den 1990 Jahren nicht reformiert worden. Der Westen sei unpopulärer geworden; trotzdem interessierten sich junge Russ*innen tendenziell weiter für westliche Kultur und Musik und hätten eine positivere Einstellung als die älteren. Die Ukraine habe sich dramatisch verändert, so der ukrainische Soziologe Tymofii Brik. Umfragen zeigten, dass die Ukrainer*innen die EU-Integration ebenso unterstützten wie Marktwirtschaft und Demokratie. Trotzdem hielten die Hälfte aller Ukrainer*innen noch Kontakt zu Verwandten und Freund*innen in Russland. Laut der belarussischen Philosophin Olga Shparaga nahmen 2020 etwa 20% der Bevölkerung in Belarus an den Protesten gegen das Regime von Aljaksandar Lukaschenka teil. Seither seien rund 750 NGOs geschlossen worden; tausende Oppositionelle befänden sich in Haft oder hätten das Land verlassen. Laut Umfragen gebe es nur wenig Unterstützung für den russischen Krieg, selbst unter den Anhängern des Präsidenten.

Das Abschlusspanel endete mit einer Diskussion über die Auswirkungen des Krieges auf die Wissenschaft und internationale wissenschaftliche Kooperationen – ein Thema, das für die DGO als Wissenschaftsverband von zentraler Bedeutung ist. Sowohl Volkov als auch Brik betonten, dass es wichtig sei, den internationalen wissenschaftlichen Austausch fortzusetzen

An der Konferenz nahmen an beiden Tagen je etwa 130 Personen teil. Dabei differierte die Anzahl der Personen, die in Präsenz oder online teilnahmen (1. Konferenztag: 75 Teilnehmer*innen vor Ort und 59 Teilnehmer*innen online; 2. Konferenztag: 95 Teilnehmer*innen vor Ort und 31 Teilnehmer*innen online). Die Publikumsbeteiligung war bei allen Panels sehr groß. Allerdings beschränkte sich die Diskussionsteilnahme auf die Gäste im Raum, während online zugeschaltete Personen sich nicht an der Diskussion beteiligten.

Die sehr angeregte Atmosphäre zeigte, dass es ein großes Bedürfnis nach einem analogen Austausch gab. Dieses Bedürfnis ist sowohl auf die angespannte politische Situation im östlichen Europa als auch auf die lange pandemiebedingte Abstinenz von Präsenzveranstaltungen zurückzuführen. Dies zeigte sich auch an den sehr

positiven Rückmeldungen der Konferenzgäste zu der Tagung. Die Referent*innen aus Russland empfanden die Tagung auch als deutliches Signal, trotz des Kriegs und den damit einhergehenden Sanktionen nicht vom internationalen Diskurs ausgeschlossen zu sein.

Realisierte Veröffentlichungen

Der Tagungsbericht wurde ebenso wie Video-Mitschnitte aller Panel auf der Website der DGO veröffentlicht:

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2022/krieg-in-europa/>

Der Tagungsbericht wurde außerdem im halbjährlichen Rundbrief der DGO (print und online) veröffentlicht:

<https://dgo-online.org/site-dgo/assets/files/65763/rb-202201.pdf>

Die DGO bewarb die Konferenz und die dokumentierten Inhalte außerdem über ihre sozialen Medien.

Der Eröffnungsvortrag von Jörn Leonhardt „Die Grenzen der Analogien“ erschien außerdem in ausgearbeiteter Form in der von der DGO herausgegebenen Zeitschrift OSTEUROPA 4-5/2022:

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2022/4-5/die-grenzen-der-analogien/>

Weiterführende Vernetzungs- und Transferaktivitäten

Die Zeitschrift OSTEUROPA hat in diesem Jahr bereits zwei Themenhefte zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinen Folgen herausgebracht: Ein dritter Band steht kurz vor der Veröffentlichung.

Russlands Krieg gegen die Ukraine. Propaganda, Verbrechen, Widerstand
Osteuropa 1-3/2022

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2022/1-3/>

Auf ganzer Front. Russlands Krieg: Friktionen und Folgen
Osteuropa 4-5/2022

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2022/4-5/>

Widerstand. Ukrainische Kultur in Zeiten des Krieges.
Osteuropa 6-8 (erscheint am 10.10.2022)

<https://zeitschrift-osteuropa.de/>

Die Redaktion der Zeitschrift OSTEUROPA steht außerdem mit einigen Referent*innen der Konferenz für weitere Beiträge zum Themenkomplex im Kontakt.

Die DGO plant für den Herbst und Winter 2022/23 eine Online-Veranstaltungsreihe zu den politischen Entwicklungen in Russland und Belarus in Folge des Kriegs. An der Veranstaltung wird unter anderem auch die Politikwissenschaftlerin und Referentin der Konferenz, Tatiana Vorozheikina teilnehmen.

TAGUNGSBERICHT

Wissenschaftliche Konferenz

„Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“

16.-17. Juni 2022, Gustav-Stresemann-Institut Bonn

Bericht: Gemma Pörzgen / Gabriele Freitag

Die europäische Friedensordnung ist mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert. Der Krieg ist ein Umbruch mit Konsequenzen nicht nur für die Ukraine und Russland, sondern weit über die Region hinaus.

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) stellte deshalb die Debatte über die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Eskalation in den Mittelpunkt ihrer Jahrestagung in Bonn. Dabei ging es auch um die Analyse des Paradigmenwechsels von der internationalen Interdependenz zur Entflechtung in allen relevanten Politikfeldern.

Ziel der Konferenz war es, die bisherigen Paradigmen der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik (Entspannung, Dialog, Modernisierungspartnerschaft, Wandel durch Handel, Deutschland als Zivilmacht) auf den Prüfstand zu stellen. Dabei wurde berücksichtigt, dass zum gegebenen Zeitpunkt nur eine Untersuchung von Prozessen möglich ist, die sich in unterschiedlichen Bereichen auf nationaler und internationaler Ebene seit mehr als einer Dekade beobachten lassen.

Die Adressaten der Konferenz waren im Wesentlichen Expert*innen aus unterschiedlichen Fachgebieten mit einem professionellen Fokus auf dem östlichen Europa. Neben Friedens- und Konfliktforscher*innen und Wissenschaftler*innen aus anderen Disziplinen gehörten dazu auch Journalist*innen und Multiplikator*innen aus unterschiedlichen Bereichen. Damit entsprach die Konferenz dem Anspruch der DGO, an der Schnittstelle von Wissenschaft und Öffentlichkeit zu agieren. Als Jahrestagung der DGO brachte sie weite Teile der professionellen Osteuropa-Community aus dem deutschsprachigen Raum zusammen. Da etwa ein Viertel der Mitglieder der DGO jünger als 35 Jahre alt ist, ermöglichte die Konferenz nicht nur einen Austausch zwischen dem akademischen und dem außerakademischen Bereich, sondern auch einen generationenüberschreitenden Austausch.

Die innen und außenpolitische Eskalation der Gewalt im östlichen Europa hat unmittelbare Auswirkungen auf das künftige Zusammenleben in Europa. Vor diesem Hintergrund kam die Konferenz dem allgemeinen Bedürfnis nach Information, Orientierung und Selbstvergewisserung der Teilnehmenden nach.

Einführung und Prolog aus Kyjiw, Minsk und Moskau

Angesichts des Angriffs Russlands auf die europäische Friedensordnung sei der Titel der Konferenz sehr bewusst gewählt, sagte DGO-Präsident Ruprecht POLENZ zur Eröffnung. Die Trennungslinie verlaufe nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen denen, die die globale, gesetzmäßige Ordnung stärken wollten und denen, die das nicht täten.

Mit persönlichen Erklärungen waren die ukrainische Schriftstellerin Yevhenia BELORUSETS aus Kyjiw und der Schriftsteller Viktor MARTINOVICH aus Minsk per Video zugeschaltet. Die Zukunft Europas und unseres Wertesystems entscheide sich anhand der existentiellen Frage nach der Unterstützung der Ukraine, sagte

Belorusets. Martinovich erinnerte daran, wie aktuell die Schriften der Philosophin Hannah Arendt und ihre Gedanken über „kollektive Verantwortung“ heute seien.

Die Publizistin Irina PROKHOROVA aus Moskau sprach unter anderem von den engen Verbindungen zwischen Russland und der Ukraine: Jede dritte russische Familie habe ukrainische Angehörige. „Es ist ein persönliches Desaster, was da geschieht.“

Die Grenzen der Analogien

Eine erste historische Einordnung des Ukraine-Krieges als mögliche Zäsur in der Geschichte Europas wagte der Freiburger Historiker Jörn LEONHARD in seinem Eröffnungsvortrag über „Die Grenzen der Analogien: Der Krieg in der Ukraine als historische Zäsur“. Zur Erfahrung von Kriegen in der Geschichte gehöre regelmäßig, dass Szenarien, Pläne, Erwartungen, Prognosen einerseits und Dynamiken der Gewalt andererseits auseinanderfielen und damit den Formwandel des Krieges beschleunigten, sagte Leonhard. „Der Ausbruch großer und zunächst unabsehbar langer Kriege erschüttert Gesellschaften, weil das Denken in langen Kontinuitäten und Fortschrittsszenarien auf den Prüfstand kommt“, so der Historiker. Jeder Kriegsbeginn sei eine Hoch-Zeit für Welterklärer und die Produzenten von Verschwörungserzählungen. Leonhard warnte vor dem leichtfertigen Gebrauch historischer Vergleiche. „Geschichte muss abkühlen, bevor sie analysiert werden kann“, so Leonhard.

In der anschließenden Diskussion warf Schriftstellerin Kateryna MISHENKO die Frage auf, wer die Geschichte der Ukraine in der Zukunft erzählen werde. „Mich interessiert die Frage der Subjektivität, wie Geschichte erzählt wird und wer sie erzählt.“ Die ukrainische Subjektivität sei bedroht und es sei möglich, dass die Ukraine verschwinde, denn das sei das Ziel des russischen Krieges. Analogien hätten einen politischen Hintergrund, wenn man beispielsweise den russischen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine mit dem „Nazi-Krieg“ vergleiche. Sie könnten Handlungsforderungen beinhalten.

Kampf der Ordnungen

In der Podiumsdiskussion über den Kampf der Ordnungen sah die Moskauer Politologin Tatiana VOROZHEIKINA, die Verantwortung für den Krieg nicht nur bei Putin; auch die russische Bevölkerung sei in der „kollektiven Verantwortung“. In den vergangenen 30 Jahren habe sich die russische Gesellschaft in einer Weise transformiert, in der die Interessen der Bevölkerung wenig berücksichtigt worden seien und der autoritäre Charakter beibehalten worden sei. Die Kriegsverbrechen in den ukrainischen Ortschaften wie Butscha oder Ilpin hätten ihre Vorläufer bereits in Tschetschenien gehabt. Sie sprach von einer „faschistischen Bedrohung“ durch die russische Führung. Anders aber als 2014 gebe es im öffentlichen Raum wenig sichtbare Unterstützung für den Krieg.

Nadia KOVAL vom Ukrainischen Institut in Kyjiw betonte, dass Ukrainer*innen und Russ*innen sehr unterschiedliche Wertvorstellungen hätten. Während für die Ukrainer die „Freiheit“ im Mittelpunkt stehe, gehe es Russen vor allem um „Ordnung“. Es gebe in ihrer Heimat eine noch nicht konsolidierte Demokratie, die aber im Fortschritt begriffen sei. Koval verwies auf die freien Wahlen und friedlichen Regierungswechsel in der Ukraine in den vergangenen Jahren.

Der Publizist Ralf FÜCKS von der Berliner Denkfabrik „Liberale Moderne“ sprach von einem „Kolonialkrieg“, der in der langen Linie des russischen Imperiums stehe. „Der Prozess der Dekolonialisierung ist in den 1990er Jahren nie abgeschlossen worden“, sagte Fücks. „Die Ukraine war immer das Kronjuwel des Imperiums“. Fücks wertete das Geschehen in der Ukraine als Teil eines umfangreicheren Krieges gegen den Westen. Es gehe um den Umsturz der globalen liberalen Weltordnung. Der Krieg in der Ukraine sei deshalb auch eine Bewährungsprobe für die Handlungsfähigkeit und Standhaftigkeit des Westens.

Von Interdependenz zu Entflechtung

Den Konsequenzen für die Wirtschaft wendete sich die folgende Diskussionsrunde zu. Die nach Berlin geflüchtete russische Journalistin Angelina DAVYDOVA machte deutlich, dass der russische Finanzsektor bislang mit den Sanktionen erfolgreich habe umgehen können. Im Technologiesektor werde man dagegen spätestens im Herbst erleben, dass viele Unternehmen ihre Produktion einstellen müssten, weil die Sanktionen sich auswirken würden. Die große Frage bleibe, ob parallele Importe über Drittstaaten Lücken in der Versorgung füllen könnte und welche Rolle China in Zukunft einnehme. „China hat in Russland nicht investiert“, sagte Davydova. Die Volksrepublik habe die globale Lage im Blick. Aus London war die frühere ukrainische Präsidentin der Nationalbank der Ukraine, Valeria GONTAREVA, per Video zugeschaltet. Sie wagte einen optimistischen Ausblick. Der Krieg in der Ukraine sei im Winter vorbei und das Land habe von den G7-Staaten und anderen Geldgebern ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm zu erwarten. „Die ukrainische Wirtschaft ist eine gute und diversifizierte Wirtschaft“, sagte sie. In zwei bis drei Jahren werde die Ukraine vom Kandidaten zum EU-Mitglied werden, so Gontarevas Prognose. Der Prager Wirtschaftsberater Petr ZHRADNÍK verwies auf die zentrale Bedeutung der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas innerhalb der EU. Er hob die beispiellose Solidarität mit der Ukraine und die strategische Einheit im Hinblick auf die Energie-Abhängigkeit hervor, mahnte aber auch an, dass dies keinesfalls ausreiche, um den Krieg zu beenden.

Beginn oder Ende der Abschreckung?

In Deutschland sei zu lange gedacht worden, die europäische Sicherheit könnte nur gemeinsam mit Russland gestaltet werden, kritisierte die Berliner Politologin Jana PUGLIERIN vom „European Council on Foreign Relations“ (ECFR), in der anschließenden Debatte über Sicherheit in Europa. Die Bundesrepublik habe sich zu sehr als zivile Handelsmacht eingerichtet und auf Sicherheitsgarantien der USA und NATO verlassen. Außerdem sei ein Landkrieg in Europa in Deutschland nicht mehr vorstellbar gewesen. Nun gebe es nach der „Zeitenwende“ keinen Weg mehr zurück. Puglierin rügte, dass die öffentlichen Debatten sich dennoch zu sehr um eine deutsche Nabelschau drehten und zu wenig darum, wie es in der Ukraine weitergehe. Putin dürfe mit dem Versuch einer nuklearen Erpressung nicht durchkommen.

Die estnische Expertin für Cyber-Sicherheit, Merle MAIGRE, äußerte die Sorge, dass viele Menschen des Krieges bereits müde würden und das Thema von den Titelseiten verschwinde. Dabei handele es sich in diesen Wochen um eine entscheidende Phase des Krieges. In Europa werde keine Grenze mehr sicher sein, wenn Putin seine Ziele erreiche. „Die Tür in die NATO und in die EU muss offenbleiben“, forderte sie. Das gelte für die Ukraine, Georgien und den Westbalkan.

„Die deutsche Politik sollte künftig der Osteuropaforschung zuhören und nicht nur dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“, sagte der Friedens- und Konfliktforscher Ulrich SCHNECKENER. Die Russlandpolitik sei zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt und die Pipeline Nordstream 2 sei das Symbol dafür. Dies habe aber zu einer Lebensgefährdung des osteuropäischen Raumes geführt. Die eigentliche Zeitenwende sei bereits 2014 erfolgt. Aber die Annexion der Krim sei in der Bundesrepublik noch nicht so wahrgenommen worden. Dem „Neo-Realismus“ als Erklärungsmuster für die Polarisierung des Diskurses erteilte er eine Absage; er habe wenig dazu beigetragen, das Geschehen zu erklären. Der Moderator des Panels, Andreas HEINEMANN-GRÜDER, warnte, dass der EU keine Zeit bleibe. „Biden ist möglicherweise der letzte Transatlantiker“, sagte der Bonner Politologe über die Entwicklungen in der US-Politik. „Ohne die USA wäre die Ukraine verloren.“

Blick in die Gesellschaft

Das Abschlusspanel widmete sich dem Zustand der Gesellschaften im Schatten des Krieges. DGO-Geschäftsführerin Gabriele FREITAG erinnerte daran, wie groß die Irritation in Deutschland darüber sei, dass es in Russland für den Ukraine-Krieg viel Zustimmung gebe. „Russland ist eine postsowjetische Gesellschaft, anders als die Ukraine“, sagte dazu Denis VOLKOV, Leiter des Moskauer Umfrageinstitut „Levada Zentrum“. In

der Russischen Föderation seien staatliche Institutionen wie der Geheimdienst und andere Sicherheitsdienste seit den 1990 Jahren nie reformiert worden. Der Krieg habe nun dazu beigetragen, dass der Westen unpopulär sei. Vor allem Deutschland werde inzwischen sehr negativ gesehen. Allerdings interessierten sich junge Russ*innen tendenziell weiter für westliche Kultur und Musik. Sie hätten eine positivere Einstellung als die älteren. Kritisch äußerte sich Volkov dazu, dass russische Student*innen nicht mehr in der EU studieren könnten. Das sei langfristig wenig hilfreich und sende das falsche Signal.

Die Ukraine habe sich dagegen dramatisch verändert, sagte der über Video zugeschaltete Soziologe Tymofii BRIK von der „Kyiv School of Economics“. Umfragen zeigten, dass die Ukrainer die EU-Integration ebenso unterstützten wie eine Marktwirtschaft und Demokratie. Brik berichtete zudem, dass Umfragen zeigten, dass die Hälfte aller Ukrainer immer noch Kontakt zu Verwandten und Freund*innen in Russland hätten. „Viele halten Kontakt“, sagte er. Doch die meisten Ukrainer beklagten, dass ihre russischen Verwandten in der Russischen Föderation von der Staatspropaganda beeinflusst seien.

Die inzwischen im Exil lebende belarusische Philosophin Olga SHPARAGA berichtete, dass 2020 jeder Fünfte an den Protesten gegen das Regime von Aljaksandar Lukaschenka teilgenommen habe. Seither seien rund 750 NGOs geschlossen worden, tausende Oppositionelle wurden verhaftet oder verließen das Land. Umfragen in Belarus zeigten, dass es nur wenig Unterstützung für den russischen Krieg gebe. „Selbst Anhänger von Lukaschenka sind mehrheitlich gegen den Krieg.“ Mehr als 500 Freiwillige aus Belarus kämpften auf der ukrainischen Seite, sagt Shparaga. Die DGO wolle den Dialog mit Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, Belarus und Russland weiterführen, versicherte Freitag in ihrem Schlusswort am Ende der Konferenz.

Gesamtergebnis

Ziel der Konferenz war es, die bisherigen Paradigmen der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik (Entspannung, Dialog, Modernisierungspartnerschaft, Wandel durch Handel, Deutschland als Zivilmacht) auf den Prüfstand zu stellen. Zentral dafür war die Analyse der deutschen und EU-Sicherheitspolitik in den letzten zwanzig Jahren. Dabei ging es vor allem um eine Bestandsaufnahme des Selbstverständnisses Deutschlands und der EU als außenpolitischer Akteur

Das Selbstbild Deutschlands als pazifistischer Handelsstaat und als Akteur mit einer historischen Sonderbeziehung zwischen Berlin und Moskau ist durch den russischen Angriffskrieg in seinen Grundfesten erschüttert worden. Deutschland hat Russland in Sicherheitsfragen zu lange als Kooperationspartner betrachtet und sich selbst als zivile Handelsmacht eingerichtet. Die deutsche Russlandpolitik ist dabei zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt. Dabei kann die Annexion der Krim 2014 bereits als die eigentliche sicherheitspolitische Zeitenwende betrachtet werden.

Die EU verfolgte in den vergangenen 30 Jahren als zentrales Projekt die Pazifizierung durch expandierende Integration. Dabei haben sich sowohl Deutschland als auch die EU auf Sicherheitsgarantien der USA und NATO verlassen. Klare Beitrittsperspektiven in die NATO und in die EU für die Ukraine und Georgien sind eine logische Konsequenz, die sich aus der aktuellen sicherheitspolitischen Situation ergeben.

Die Entwicklungen in den letzten fünfzehn Jahren lassen sich nicht als Rückkehr des „Kalten Krieges“ klassifizieren, da dieser ja in der Logik der Abschreckung zur Sicherung eines territorialen Status quo bestand. Diese Logik der Abschreckung scheint momentan außer Kraft gesetzt zu sein. Gleichzeitig lässt sich auch nicht von einer Rückkehr des „Imperiums“ sprechen, da die Prinzipien nationaler Selbstbestimmung, demokratischer Selbstregulierung sowie territorialer Integrität und Souveränität als Reaktion auf die aggressive und expansive russische Politik zur Zeit eher eine Renaissance erleben. Da Europa sich unmittelbar in einem neuen Kriegszustand befindet, handelt es sich bei dieser Bewertung allerdings um eine vorläufige Analyse.

ZUSAMMENFASSUNG

Wissenschaftliche Konferenz

„Krieg in Europa. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“

16. – 17. Juni 2022

Gustav-Stresemann-Institut e.V., Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn-Bad Godesberg

Leitfragen und Ziele des Vorhabens

Die europäische Friedensordnung ist durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in ihren Grundfesten erschüttert worden. Die bisherigen Reaktionen auf den Krieg zeigen, dass er Folgen für ganz Europa haben wird. Die Konferenz fragte nach den sicherheitspolitischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Eskalation für das Zusammenleben in Europa. Im Mittelpunkt stand die Analyse des Paradigmenwechsels von internationaler Verflechtung zu Entflechtung in allen relevanten Politikfeldern. Dabei handelte es sich in erster Linie um Prozesse, die in den verschiedenen Bereichen auf nationaler und internationaler Ebene seit mehr als einem Jahrzehnt zu beobachten sind. Ziel der internationalen Konferenz war es, die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und ihre strukturelle Bedeutung für die Sicherheit und das Zusammenleben in Europa zu diskutieren.

Aufbau / Konzeption des Projektes

Die Konferenz war in zwei Teile gegliedert. Zur Eröffnung der Konferenz erfolgten drei kurze Prologe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der Ukraine, Weißrussland und Russland. Die Prologe boten persönliche Perspektiven auf den Krieg und die Folgen für die Gesellschaften in allen drei Ländern. Eine Keynote stellte den russischen Angriffskrieg in den Kontext der europäischen Geschichte.

Am zweiten Konferenztag wurden die Folgen des Krieges für die zentralen Politikbereiche Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Gesellschaft systematisch analysiert. Die Panels zu den einzelnen Politikfeldern brachten Menschen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Gesellschaft zusammen.

Ergebnisse und Relevanz für die Friedens- und Konfliktforschung

Im Kern stellte die Konferenz die bisherigen Paradigmen deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik (Entspannung, Dialog, Modernisierungspartnerschaft, Wandel durch Handel, Deutschland als Zivilmacht) auf den Prüfstand. Das Selbstbild Deutschlands als pazifistischer Handelsstaat und als Akteur mit einer historischen Sonderbeziehung zwischen Berlin und Moskau ist durch den russischen Angriffskrieg in seinen Grundfesten erschüttert worden. Deutschland hat Russland in Sicherheitsfragen auch in den letzten Jahren noch als Kooperationspartner betrachtet und sich selbst als zivile Handelsmacht eingerichtet. Die deutsche Russlandpolitik ist dabei zu stark einem Interdependenzmodell gefolgt. Dabei kann die Annexion der Krim 2014 bereits als die eigentliche sicherheitspolitische Zeitenwende betrachtet werden.

Die EU verfolgte in den vergangenen 30 Jahren als zentrales Projekt die Pazifizierung durch expandierende Integration. Dabei haben sich sowohl Deutschland als auch die EU auf Sicherheitsgarantien der USA und NATO verlassen. Klare Beitrittsperspektiven in die NATO und in die EU für die Ukraine und Georgien sind eine logische Konsequenz, die sich aus der aktuellen sicherheitspolitischen Situation ergeben.

Die Entwicklungen in den letzten fünfzehn Jahren lassen sich nicht als Rückkehr des „Kalten Krieges“ klassifizieren, da dieser ja in der Logik der Abschreckung zur Sicherung eines territorialen Status quo bestand. Diese Logik der Abschreckung scheint momentan außer Kraft gesetzt zu sein. Da Europa sich unmittelbar in einem neuen Kriegszustand befindet, handelt es sich bei dieser Bewertung allerdings um eine vorläufige Analyse.